

Oeffentliche Landtags-Sitzung vom 14. Juni 1946
Beginn, nachmittags $\frac{1}{2}$ 5 Uhr

Der Präsident eröffnet die Sitzung und ersucht um Vorlesung des letzten Protokolls. (betr. die Landtags-Sitzung vom 29.3.46.)

Das Protokoll wird vorgelesen und genehmigt.

Tagesordnung:

Punkt 1:

Bestellung des Verwaltungsratspräsidenten der Sparkassa für das Fürstentum Liechtenstein und Wahl eines Ersatzmannes in den Verwaltungsrat.

Infolge der Wahl des Herrn Alt-Regierungschef Dr. Josef Hoop in den Aufsichtsrat der Sparkassa, hat der Abg. Schädler aus Verwandtschaftsgründen sein Mandat als Ersatzmann im Verwaltungsrat niedergelegt. Es ist daher für letzteren eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Präsident: Wie sie aus der Tagesordnung ersehen, ist Eugen Schädler aus Verwandtschaftsgründen zurückgetreten, sodass eine Ersatzwahl für denselben vorgenommen werden muss. Als ersten Punkt wollen wir aber die Wahl des Verwaltungsratspräsidenten und nachher die Wahl des Ersatzmannes vornehmen. Als bisheriger Präsident figurirt fürstl. Rat Ospelt, dieser wird zur Wiederwahl vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis: Es werden 15 Stimmen abgegeben wovon 14 für fürstl. Rat Ospelt stimmen und 1 Stimme für Oberlehrer Hoop in Eschen. Also ist mit 14 Stimmen gewählt fürstl. Rat Ospelt.

Präsident: Nun kommen wir zur Wahl des Ersatzmannes. Hiefür wird Oberlehrer Hoop aus Eschen vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig gewählt als Ersatzmann wird Oberlehrer Hoop aus Eschen.

Punkt 2:

Milchzentrale Vaduz - Gesuch um Subvention für den angeschafften Elektro-Milchwagen.

Mit Rücksicht darauf, dass Milchtransportwagen nicht allgemein unter Sennerei-Einrichtung fallen, stellt die Finanzkomm. mehrheitlich den Antrag, es solle von der Subventionierung des in Frage stehenden Transportwagens Abstand genommen werden. Nicht unerwähnt solle auch bleiben, dass vorliegendes Gesuch erst nach der Anschaffung des Elektrowagens eingereicht wurde.

Präsident: Wie sie aus der Einladung ersehen haben, hat die Finanzkomm. beschlossen, dieses Gesuch abweisend zu beantragen. Ich hoffe aber, dass sie diesem Antrag nicht entsprechen werden und die betr. Subvention doch erteilt wird. Dieses Transportmittel kostet ca. 17'000.- Fr. und bedeutet eine nicht unwesentliche Belastung der Milchzentrale selbst. Ich hoffe daher auf euer Einverständnis dass eine Subvention doch erteilt wird.

Abg. Sele: Ich habe mich über diese Sache erkundigt und habe festgestellt, dass die Sennerei bei diesem Transportmittel schwer draufzahlen musste. Nach dessen Kauf verlangten dann auch die Sennen sofort Lohnerhöhung, diese konnten aber nicht bewilligt werden, weil durch die Anschaffung des Wagens

die Sennerei sonst schon sehr schwer belastet sei. Ich bin daher der Ansicht, dass man die Sache doch zum Teil subventionieren sollte. Es wäre auch für andere Gemeinden interessant, wenn sie dann in gleichen Fällen subventionsberechtigt wären. Ich unterstütze daher die Ausführungen des Präsidenten und ersuche, dass man dem Ansuchen wenigstens zum Teil stattgibt.

Abg. Schädler: Ich bin damit nicht ganz einverstanden, ich fürchte die Konsequenzen die daraus erwachsen. Die Milch wird von vielen Alpen ins Land transportiert, im Unterland von Schaanwald nach Eschen und an allen diesen Orten müssen die Kosten selbst übernommen werden. Ich kann mich daher nicht bereit erklären dieser Sache zuzustimmen.

Ers. Abg. Alex. Sele:

Ist der Milchwagen schon angeschafft und ist an die Regierung oder an den Landtag vor der Anschaffung die Kaufsumme bekannt gegeben worden ?

Präsident: Der Wagen wurde bereits angeschafft und die Kaufsumme ist der Regierung später mitgeteilt worden, ich hoffe aber, dass der Landtag diesen Umstand nicht zu schwerwiegend annimmt.

Ers. Abg. Alex. Sele: Ich bin der Ansicht dass wir betr. der Alpe Sücca gleichberechtigt würden. Es müsste also Triesenberg und auch Triesen das ~~ganze~~ gleiche Recht eingeräumt werden.

Präsident: Diese Fälle können nicht ganz verglichen werden. In Vaduz handelt es sich um ein eigenes Transportmittel das viel gekostet hat und es handelt sich hier um die Zuteilung resp. Verteilung der Milch in der Gemeinde und ich hoffe daher, dass der Landtag die nötige Einsicht walten lässt und wenigstens 10% subventioniert. Wenn sich niemand mehr hiezu äussert wollen wir abstimmen. Wer ist dafür, dass wenigstens 10% an die Anschaffungskosten subventioniert werden ?

Abstimmungsergebnis: 3 ja, 12 nein, also abgelehnt.

Punkt 3 :

Gemeinde Schaan - Gesuch um Subventionierung der Kanalisation des Wäschegrabens.

Die Finanzkomm. beantragt, eine Subvention von 30% der Arbeitslöhne zu bewilligen.

Präsident: Vom fürstl. liecht. Bauamt wird eine Subvention von 30% beantragt gleich dem Vorschlag der Finanzkomm. Wünscht jemand das Wort Wenn nicht bringe ich den Gegenstand zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (30% von 3'267.-)

Punkt 4:

Sennereigenossenschaft Schellenberg - Gesuch um Subventionierung eines zur Anschaffung gelangten neuen Dampfkessels.

Die Finanzkomm. beantragt, eine Subvention von 15% der Anschaffungskosten zu bewilligen.

Abg. Hasler: Ich möchte das Gesuch bestens empfehlen, es ist wirklich notwendig. Es war ein alter grosser Kessel und Brennmaterial brauchte er dreimal so viel. Ich möchte die Herren Abgeordneten ersuchen, dem Gesuch wohlwollend zuzustimmen.

Präsident: Der Kessel war sehr unwirtschaftlich. Eine Begutachtung ist warscheinlich s.Z. beim Kauf nicht eingeholt worden.

Abg. Sele: Ich könnte mich entschliessen zu einer 15%igen Subvention. Es ist in der Fin.Kom. besprochen worden, dass der frühere Dampfkessel schon subventioniert worden ist. Da die Sennerei schlecht steht bin ich mit der Subv. einverstanden, sonst, wenn schon der frühere Kessel subv. wurde, so ist es nicht nötig, dass man nach einigen Jahren wieder einen neuen Kessel subventioniert.

Abg. Elkuh: Wir hatten damals eine Anschaffung von 30'000.-Fr. bekommen haben wir 10% Subv.. Sechs oder sieben Jahre ist der Kessel nun im Gebrauch.

Abg. H. Brunhart: Ich stelle den Antrag für die 15%

Reg.Chef: Hat der alte Kessel noch einen Wert, wenn ja, soll der Verkaufserlös vom subvent. Betrag abgezogen werden.

Abg. Alois Hasler: Ein Fachmann erklärte, nicht für 100 Fr. möchte er den Kessel übernehmen.

Reg.Chef: Man möge der Regierung mitteilen, was mit dem alten Kessel gemacht wurde und den Betrag nominieren wegen dem ev. Abzug.

Abg. Alois Hasler: Wir wären dankbar, wenn wir noch etwas lösen würden.

Abg. H. Brunhart: Wie stellt sich die Regierung wenn der Kessel nicht verkauft wird.

Reg.Chef: Dann wird das Bauamt beauftragt, den Kessel zu schätzen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig für die Subventionierung mit 15% mit Ausnahme des Abzuges.

Punkt 5:

Alpgenossenschaft Gapfahl - Subventionsgesuch betr. die neu zu erstellende Strasse Valüna(Waldboden) - Gapfahl.

Antrag der Finanzkommission: Es wolle eine Subvention von 30% der Arbeitslöhne bewilligt werden.

Präsident: Die heutigen Zufahrtstrassen sind sehr verbesserungsbedürftig, daher bin ich mit dem Antrag der Finanzkommission einverstanden.

Abg. Fidel Brunhart: Indem dieser Weg eine grosse Notwendigkeit ist, möchte ich die Herren ersuchen, dem Antrag der Finanzkommission zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen, 30% der Arbeitslöhne.

Punkt 6:

Historischer Verein f.d. Fürstentum Liechtenstein : Gesuch um einen ausserordentlichen Beitrag für die Herausgabe eines Urkundenbuches.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes für das Land, beantragt die Finanzkommission, es wolle der nachgesuchte Beitrag mit Fr. 2000.- festgesetzt und bewilligt werden.

Reg. Chef: Wie aus dem Gesuch ersichtlich ist, handelt es sich hier um eine grosse kulturelle Aufgabe die vom Landtag vor ca. 15 Jahren angeregt wurde. Ich kenne die Finanzlage des Historischen Vereins und ich möchte daher den Herren diese Sache zur Annahme empfehlen.

Abg. Beck: Ich möchte das Gesuch unterstützen. Nur möchte ich bemerken, dass man die alten Urkunden nicht nur sammeln soll, sondern man sollte sie auch anerkennen. In Triesenberg wurde bei einem Prozess eine solche alte Urkunde als null und nichtig erklärt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen, (einen einmaligen Beitrag von Fr. 2000.- zu leisten.)

Punkt 7:

Telephondirektion St. Gallen - Kreditgesuch für Ausbau der Telephonanlagen in Schaan.

Die Finanzkommission beantragt, den nachgesuchten Kredit von Fr. 7000.- zu bewilligen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bewilligt.

Punkt 8:

Telephondirektion St. Gallen - Kreditgesuch betr. Weiterausbau der Fernleitungen Vaduz-Triesenberg und Vaduz-Triesen-Balzers.

Antrag der Fin. Kom. : Fr. 13'000.-

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen.

Präsident: Nun habe ich die offizielle Tagesordnung beschlossen und ich frage die Herren an, ob der Eine oder der Andere noch etwas vorzubringen hat ?

Abg. H. Brunhart : Interpellation siehe nachstehend.

Reg. Chef : Beantwortung: Siehe Anhang

Präsident: Dank und Schlussbemerkung, siehe Anhang.

Abg. Seles: Ich möchte die Zeit dazu benutzen um der Regierung den Dank auszusprechen, dass die Versicherungsabmachungen von 1933 betr. der Altersgrenze (65 Jahre) als nichtig erklärt worden ist und diese Abmachung keine Gültigkeit mehr hat.

Präsident: Ich schliesse die Sitzung und danke den Herren für ihre Mitarbeit.

Schluss der Sitzung 5 Uhr 10 Minuten.

Reg. Chef :

Abgeordneter Kindle hat in der letzten Sitzung den Umstand gerügt, dass durch die Einführung der obligatorischen Haftpflichtversicherung für Fahrräder in jenen Fällen, wo bereits eine Haftpflichtversicherung bestanden hat, eine Doppelversicherung entstanden sei. Wir sind dieser Sache nachgegangen und haben festgestellt, dass der diesbez. Vertrag der Regierung mit der Basler a l l e Fahrradhalter versichert, die ihren Wohnsitz im Fürstentum Liechtenstein haben. Dieser Vertrag läuft bis 1950. Gemäss Art. 2 der Verordnung vom 20.12.1944 war die fürstliche Regierung zu diesem Vertragsabschluss legitimiert. Es heisst dort wörtlich:

Die Regierung wird mit einer oder mehreren zum Geschäftsbetriebe zugelassenen schweizerischen Versicherungsgesellschaften einen Haftpflichtversicherungsvertrag für Fahrräder abschliessen.

Fahradhalter, die schon eine private Haftpflichtversicherung abgeschlossen hatten, können laut erhaltener Auskunft ihre Fahrräder bei ihrer Versicherungsgesellschaft abmelden. Das Risiko kann jederzeit verändert werden. Vor Ablauf des fünfjährigen Versicherungsvertrages mit der Basler kann hier keine Aenderung eintreten.

Dies zur allgemeinen Orientierung.

Abgeordneter Heinrich Brunhart

Interpellation:

In der Öffentlichkeit ist man beunruhigt über eine Interpellation des Herrn Nationalrates Dr. Schwendener in Buchs wegen der Aufhebung der Visumsgrenze am Rhein. Schwendener benützt zwar zu seinem Vorstosse die Tour de Suisse, die heuer erstmals auf der Strecke Trübbach-Balzers-Triesen-Vaduz-Schaan-Buchs liechtensteinisches Gebiet berührt und nach Schwendener die Gefahr einer Invasion durch unerwünschte und verdächtige Ausländer, deren es in Liechtenstein noch ca. 500 geben soll in sich birgt. Schwendener sagt in seiner Interpellation, dass mit Rücksicht auf diese angeblichen 500 verdächtigen Ausländern an der schweizerischen-liechtensteinischen Grenze mit Recht weiterhin eine scharfe fremdenpolizeiliche Kontrolle ausgeübt werde, die für die st. gallisch-graubündnerische Nachbarschaft nicht geringe Beschwerlichkeiten und Unannehmlichkeiten mit sich bringe.

Nachdem man allgemein mit einem baldigen Abbau der Grenzschranken zur Schweiz rechnete, frage ich die Regierung an, was sie zu diesem gegenteiligen Vorstoss aus der Nachbarschaft zu tun gedenkt.

Reg. Chef: Herr Präsident, Herren Abgeordnete !

Die Regierung ist durch diese unerwartete "Kleine Anfrage" Dr. Schwendeners ebenfalls überrascht worden. Die erste Ankündigung der Interpellation Schwendeners war in einem Sitzungsberichte des Schweiz. Nationalrates enthalten und lautete auf Fremdenpolizeiverhältnisse im Fürstentum Liechtenstein. Man nahm allgemein an, dass es sich um eine freundschaftliche Unterstützung der liechtensteinischen Bemühungen handelte, die Normalisierung der Grenzverkehrsverhältnisse auf den Stand vor dem Krieg zu erreichen. Der Abdruck der kleinen Anfrage Dr. Schwendeners in den Freitag und Samstag Nummern der Buchser Zeitungen brachte eine allgemeine Enttäuschung. Wir sind mit Dr. Schwendener der Meinung, dass die gegenwärtige Grenzkontrolle für die st. gallische-graubündnerische Nachbarschaft nicht geringe Beschwerlichkeiten und Unannehmlichkeiten mit sich bringen, aber auch für unser Land sind diese Unannehmlichkeiten und Beschwerlichkeiten viel grösser und werden mehr als unzeitgemäss angesehen. Diese Einsicht beschränkt sich nicht nur auf unser Land und die Kantone St. Gallen und Graubünden, sondern hat auch weite Kreise in der Schweiz zur Ueberzeugung kommen lassen, die Grenzverhältnisse wieder wie vor dem Krieg zu gestalten.

Schon im Juli letzten Jahres sind in Bern die ersten Schritte wegen Zurückführen der Grenzverhältnisse auf den Vorkriegszustand eingeleitet worden. Die Verhandlungen wurden dann aufmerksam fortgeführt und zähe das Ziel verfolgt, den seinerzeit nur für die Kriegsdauer eingeführten Visumszwang zu beseitigen und den durch den Zollvertrag geschaffenen freien Verkehr wieder herbeizuführen.

Es sei nicht verschwiegen, dass die im Lande wohnenden Emigranten und die russischen Internierten schweizerischerseits je und je gegen eine Aufhebung des Visumszwanges ins Feld geführt wurden. Indessen ist unsererseits stets darauf hingewiesen worden, dass diesen Befürchtungen der schweizerischen Behörden im Verhandlungswege Rechnung getragen werden könne. Gegenwärtig liegt bei den Bundesbehörden eine Note der fürstlichen Regierung mit zahlreichen Unterlagen, die Aufklärung über den Status der Ausländer in Liechtenstein geben. Es ist für die Regierung unerfindlich, woher Herr Nationalrat Dr. Schwendener die Zahl von 500 verdächtigen Ausländern hat.

Die Regierung hat nach Bekanntwerden des Wortlautes der Interpellation Dr. Schwendeners den Landesblättern die nötigen Unterlagen für eine Aufklärung der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Sie finden diese Aufklärung in der Mittwochnummer beider Blätter.

Nachdem die Verhandlungen in Bern durch viele Monate in zäher unermüdlicher Arbeit vorbereitet wurden, hofft die Regierung, dass die abschliessenden Verhandlungen schon sehr rasch stattfinden und jenen Erfolg haben, der der engen und tiefen freundschaftlichen Verbindung beider Länder entspricht.

Präsident :

Herr Reg. Chef, Meine Herren Abgeordneten !

Ich danke dem Herrn Reg. Chef bestens für die freundliche Beantwortung der vom Abg. Brunhart eingebrachten Interpellation.

Meinerseits möchte ich noch betonen, dass es wirklich an der Zeit wäre, mehr als ein Jahr nach dem Kriege an den Abbau der gegenwärtigen Grenzkontrolle zwischen der Schweiz und unserem Lande zu schreiten. Es ist betrüblich, feststellen zu müssen, dass es jedem Drittausländer ausserhalb Liechtensteins theoretisch leichter möglich ist, eine Einreise nach der Schweiz zu erhalten, als einem hier ansässigen Ausländer.

Gleich der Regierung bin auch ich der Ansicht, dass den schweizerischerseits hinsichtlich der bei uns bestehenden Emigration sowie der sich hier immer noch aufhaltenden russischen Internierten gehegten Befürchtungen im Verhandlungswege Rechnung getragen werden könnte.

Sollten aber wider Erwarten irgendwelche andere, uns noch unbekannte Gründe gegen die Auflassung der Grenzkontrolle vorhanden sein, wäre es wohl an der Zeit, dieselben kennen lernen zu können um unsererseits da oder dort auch Abhilfe schaffen zu können.

Ich glaube im Namen des gesamten Landtages zu sprechen, wenn ich die Regierung ersuche, die von ihr eingeleiteten Verhandlungen mit Nachdruck weiterzuführen und über den Erfolg derselben dem Landtage zu berichten.